

(Abgeordneter Claus.)

(A) der Tat gar keinen Lehrerüberfluß, dieser ist nur künstlich hervorgerufen worden

(Sehr richtig! bei den Demokraten.)

durch die Verschleppung der Kriegsverhältnisse.

Es wird wirklich die höchste Zeit, daß die Volksschule wieder in geordnete Bahnen gebracht wird. Wenn aber auch durch gründliche Umgestaltung des inneren Schulbetriebes, durch Beiseitelassen alles unnötigen Ballastes, durch Beseitigung des Charakters der Lernschule, durch größere Selbstbetätigung der Kinder beim Erarbeiten des Unterrichtsstoffes das Kind mehr als bisher zu einem fähigen Gliede der Kulturgemeinschaft herangebildet wird, so muß doch ganz offen ausgesprochen werden, daß zur Hebung der Volksschule auch die nötigen Geldmittel erforderlich sind. Alle Welt fordert und erhält, wenn aber die Volksschule kommt, dann sind keine Mittel da. Die Volksschullehrerschaft ist sehr enttäuscht gewesen, daß auch die jetzige sozialistische Regierung den berechtigten Erfordernissen der Volksschule nicht nachgekommen ist. Die Geringschätzung der Volksschularbeit drückt sich aber vor allen Dingen in der Lehrerbefoldung aus. Es ist nicht zu begreifen, daß man gerade für einen Stand, dem man sein wertvollstes Gut, das Kind, anvertraut, so herzlich wenig übrig hat.

(B) Die ganze jämmerlichkeit der Lehrerbefoldung ist den meisten Laien gar nicht bekannt. Der Hilfslehrer erhält nach siebenjähriger Ausbildung auf dem Seminar 4 Jahre lang 1300 M. Bis jetzt waren es noch 1100 M. Wenn er mit dem 25. Lebensjahr ständig wird, bezieht er 1500 M. Im 29. Lebensjahre rückt er auf 1700 M. und dann steigt er in dreijährigen Perioden mit Zulagen von 200 M. im 50. Lebensjahre auf 3000 M. und freie Wohnung.

Meine Damen und Herren! 1500 M., das ist ein Wochenlohn von 25 M. Die Denkschrift des Sächsischen Lehrervereins über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer sagt ausdrücklich, daß ein derartiges Einkommen dem ortsüblichen Tagelohn eines männlichen Arbeiters nicht entspricht. Dabei ist der junge Lehrer auf das Gasthausleben, auf fremde Dienstleistungen angewiesen, und außerdem kann er sich gewissen Verpflichtungen der Gemeinde, der Öffentlichkeit gegenüber nicht entziehen. Ein solcher Lehrer muß den Eltern weiter auf der Tasche liegen, oder er muß Schulden machen. Der ständige Lehrer, besonders auf dem Lande, möchte schon aus erzieherischen Gründen sich möglichst früh ein Heim gründen. Bei 1500 M. Gehalt ist aber auch bei bescheidensten Ansprüchen ein Haushalt nicht zu begründen und durchzuführen, und selbst mit 1700 M., welches Einkommen der Lehrer bis zum

32. Lebensjahre bezieht, sind die Vorbedingungen für die Gründung eines Haushaltes noch nicht gegeben. Ein Glend ist es, daß die Alterszulagen so minimal sind, daß der Lehrer ein nur einigermaßen auskömmliches Gehalt erst am Lebensende erhält. Sein Leben lang ist er darauf angewiesen, aus der Hand in den Mund zu leben. An die Zurücklegung eines Sparpfennigs ist absolut nicht zu denken. Mit Bangen muß der Lehrer an den Augenblick denken, wo er einmal vor eine größere Ausgabe gestellt wird, wenn es vielleicht gilt, eine Tochter auszustatten oder einen Sohn nach auswärtz auf eine höhere Schule zu bringen.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Verhältnissen hängt es auch zusammen, daß in Volksschullehrerkreisen die Ehelosigkeit und die Kinderarmut mehr und mehr einreißen. Der verheiratete Lehrer ist einfach gezwungen, sich Nebenverdienst durch Privatunterricht zu verschaffen, und bei dieser Nebenarbeit geht eine Menge Arbeitskraft verloren. Den Schaden hat die Schule. Mit überanstrengten und mit überarbeiteten Volksschullehrern vermag man eine Schule nicht zu heben. Zur Arbeit an den Kindern gehören Berufsfreudigkeit und Schaffenskraft, über die nur der Lehrer verfügt, der ein Einkommen bezieht, das frei macht von materiellen Sorgen.

Und was hat die Lehrerschaft kämpfen müssen, um nur den heutigen Besoldungszustand zu erreichen! Die Lehrerschaft ist seit dreißig Jahren aus dem Petitionieren und Verhandeln nicht herausgekommen, und sie ist dabei ohne ihre Schuld in den Ruf der Unerfättlichkeit und Begehrlichkeit gelangt. Es ist eben nie etwas Durchgreifendes geschehen, es ist höchstens einmal den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen worden, und auch das nicht in genügender Weise. Die wirtschaftliche Entwicklung ist rascher vorwärts geschritten; der Lehrer ist mit seinem Einkommen nachgehinkt, und so ist er auf der sozialen Stufenleiter mehr und mehr herabgeglitten.

Auch bezüglich der Teuerungszulagen hat die Lehrerschaft schlecht abgeschnitten. In erster Linie sind immer die Reichsbeamten daran gekommen. Das Reich hat in dieser Beziehung immer noch am besten für seine Angestellten gesorgt. In gewissem Abstände kamen dann die Staatsbeamten und nach langem Verhandeln mit den Gemeinden endlich die Gemeindebeamten und die Lehrer daran. Wir haben vorhin gehört, daß sich heute noch eine Reihe von Gemeinden weigern, den Lehrern ihre Teuerungszulage zu zahlen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn der Antrag meines Herrn Vorredners angenommen würde, daß die Teuerungszulagen samt und sonders auf den Staat übernommen würden. Es steht ja in Aussicht, daß eine Zusammenlegung und Erhöhung aller Kriegs-